

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 22

Artikel: Hauptpartner bald Moskau? : Das Bülow-Papier und die neue Ostpolitik der SPD
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094387>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Bülow-Papier und die neue Ostpolitik der SPD

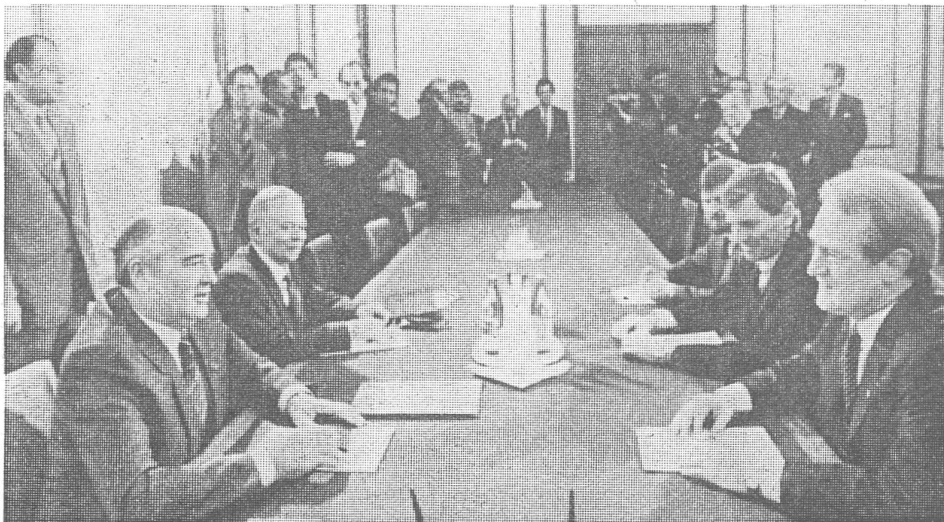
Hauptpartner bald Moskau?

Wird die Bundesrepublik Deutschland in zwei Jahren der Nato den Rücken kehren, um sich vorrangig ihren Schutz von Moskau gewährleisten zu lassen? Das ist grosso modo die Zielsetzung, wie sie sich in unterschiedlicher Form aus verschiedenen Entwürfen der deutschen Sozialdemokraten (SPD) ergibt. Die Partei steht gegenwärtig in Opposition, hat aber gute Aussichten, die Wahlen vom übernächsten Jahr zu gewinnen. Dann kommt es im westlichen Bündnis zur Zerreißprobe.

Wie sich in Deutschland die führenden Leute unter den Sozialdemokraten die Zukunft vorstellen, liess sich in den letzten Wochen ziemlich genau erfahren. Darüber hat insbesondere ein Papier Auskunft gegeben, das der SPD-Sicherheitsexperte Andreas von Bülow verfasst hat, doch auch anderweitig ist eine Ausrichtung zu beobachten, die als «Linksrutsch» nur unzulänglich charakterisiert wird. Ihre wichtigsten Punkte sind: 1. Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten in Sachen «Frieden», 2. Übernahme der Leitgedanken und Parolen der sowjetischen Aussenpolitik gegenüber den USA und 3. eine Sicherheitspartnerschaft mit Moskau.

Führungsparolen und Basisbearbeitung

Der Kurs geht also in Richtung einer Politik, die auf die sowjetische Linie abgestimmt ist. Dem opponiert zwar innerhalb der SPD ein Flügel um den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, aber seine Vertreter sehen sich beiseite geschoben. Wer nicht mitmacht, wird ferner in seinem Wahlkreis mit Schwierigkeiten zu rechnen haben; dafür sorgt eine gekonnte Regie. Mit manipulatorischen Mitteln sucht man darzutun, dass der Druck nicht nur von oben kommt, sondern auch von der Basis her.



Gorbatschow empfängt den SPD-Vizepräsidenten (und kommenden Bundeskanzler?) Johannes Rau.

Um das zu erreichen, suggeriert man dem Wähler mit erprobten Mitteln beharrlich, dass bei der Konfrontation zwischen den Supermächten nicht die Sowjets die Scharfmacher seien, sondern vielmehr die Amerikaner.

Als aktueller Hauptbeweis gilt dabei das SDI-Vorhaben, an sich ein kriegsverhinderndes Konzept. Aber mit seinem irreführenden Etikett vom «Krieg der Sterne» eignet es sich dazu, als Argument dafür angeführt zu werden, dass die USA nunmehr sogar den Weltraum «militarisieren» wollten.

Diesem schlagseitigen und parteilichen Bild entspricht dann eben die schon erwähnte Zukunftsgestaltung, die man dem Land empfiehlt. Die Deutschen sollten sich aus dem heraufziehenden Kräftenessen zwischen den USA und der UdSSR möglichst heraushalten. Die Bundesrepublik wäre von A- und C-Waffen freizuhalten, zu entmilitarisieren und somit praktisch zu neutralisieren.

Das Parteikonzept in der Bülow-Form

Entsprechend abgewertet wird dabei die Nato. Und zugleich gilt sie als hinderlich für die (unter neuen Vorzeichen wieder aufgewertete) Wiedervereinigung Deutschlands. Um dieses Ziel zu erreichen, sei die Kooperation mit Moskau und dem Sowjetlager der schnellste Weg.

Wieweit diese Vision schon offiziösen Charakter hat, wird aus dem sogenannten Bülow-Papier ersichtlich, das infolge einer Panne vorzeitig bekanntgeworden ist; die Parteiführung hatte den Moment für eine so fixierte Darlegung ihrer Vorstellungen noch nicht für gekommen gehalten.

Andreas von Bülow war seinerzeit Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Forschungsminister im Kabinett Schmidt gewesen. Heute ist er, wie gesagt, Sicherheitsexperte der SPD. Das von ihm verfasste Dokument umfasst 23 Seiten und trägt den Titel «Strategie vertrauensschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa – Wege zur Sicherheitspartnerschaft». In diesem Text führt er unter anderem aus:

«Nach Ablauf von ein bis zwei Jahrzehnten sollten die Europäer in Ost und West sich zumindest im konventionellen Bereich allein verteidigen können. Die sowjetischen Truppen sollten spätestens nach der Jahrtausendwende in ihre Heimat zurückgezogen werden. Zug um Zug könnten dann auch die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik bis auf einen

ehrer symbolischen Rest insbesondere in West-Berlin abgezogen werden.»

So kann sich der kleine Moritz den Frieden in Europa vorstellen: Die Sowjets lassen sich von den Argumenten der deutschen Sozialdemokraten überzeugen und räumen brav die DDR und die andern osteuropäischen Länder. Zugleich erklärt Moskau seinen Rivalitätskampf mit Washington um Westeuropa für beendet und gibt seine weltweite Expansionspolitik auf. Dann stünde einer Wiedervereinigung Deutschlands nichts mehr im Wege, zumal die DDR ohne sowjetische Besetzung ihr System nach Belieben ändern könnte.

Das wissen die deutschen Sozialdemokraten. Wenn es die Sowjets nur auch wüssten...

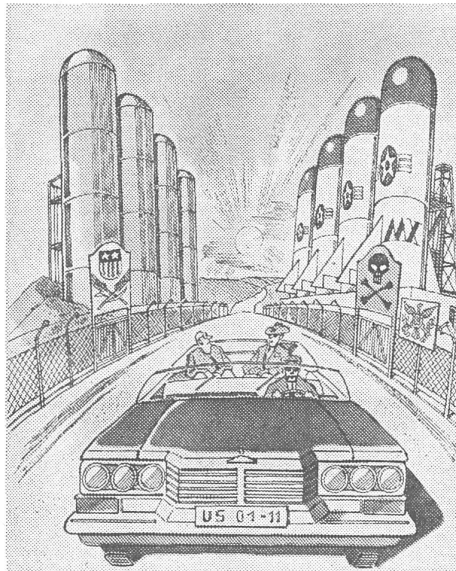
Zweifel, so scheint es, sind nur den Amerikanern gegenüber zulässig. Das heisst vielmehr obligat. Denn Bülow lässt keinen Zweifel daran, dass man sich auf diese nicht verlassen kann. Nach seiner Meinung «ergeben sich Fragen nach der Verlässlichkeit und Zumutbarkeit des nuklearen Schutzes Westeuropas durch die USA. Kann wirklich für die nächsten Jahrzehnte angenommen werden, dass die Bürger der USA im Konfliktfall bereit sein werden, die Zerstörung auch nur von Teilen ihrer Gesellschaft zum Schutz regionaler, konventioneller Übergriffe ausserhalb der Vereinigten Staaten in Kauf zu nehmen? (...) Die Nato muss daher ihre selbstauferlegte Abhängigkeit vom frühen Ersteintritt von Nuklearwaffen nach einem konventionellen Angriff in Europa beseitigen.»

Um die Deutschen hüben und drüben vor einem militärischen Konflikt der Supermächte zu behüten, «fordert die SPD nicht nur den Westen, sondern auch den Osten auf, den Weg in eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit in den kommenden Jahren zu gehen».

Im Klartext heisst das: Wir brauchen weder die Nato noch den Schutz amerikanischer Truppen auf deutschem Boden. Die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands soll die «Sicherheitspartnerschaft» mit Moskau garantieren, welche die SPD anstrebt.

Zum Militärdienst heisst es im Bülow-Papier: «Statt den Wehrdienst zu verlängern, sollte man eher entsprechend den französischen Überlegungen und in Anlehnung an das schweizerische und das französische Muster den Wehrdienst in den neunziger Jahren auf sieben oder acht Monate verkürzen. Dafür wird dann die Zahl der Reservisten im Laufe der Jahre erhöht werden können und müssen.»

Nach den Vorstellungen des Sicherheitsexperten soll die gegenwärtige Bundeswehr in ein Milizsystem mit wesentlich niedrigerer Truppenstärke umgewandelt werden, weil die Gefahr eines militärischen Konflikts mit dem Osten durch die Sicherheitspartnerschaft ohnehin gebannt sei. In offensichtlichem Widerspruch dazu steht allerdings die anschliessende These Bülows: «Die SPD will die Verteidigungsleistung der Bundesrepublik im Bündnis künftig ganz wesentlich durch Mobilmachung im Spannungsfall sichern.» Anscheinend ist man doch nicht so sicher, dass der Spannungs-



«Um die Welt in Schach zu halten, braucht man einfach Superwaffen.» («Eulenspiegel», Ostberlin, Nr. 20/1985.) Wie übertragbar ist das Feindbild, das die DDR von den USA entwirft, auf die bundesdeutschen Gesprächspartner?

fall durch die Sicherheitspartnerschaft verhindert werden kann.

Die Variante der sechs

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit hatte das Bülow-Papier mit seinen Widersprüchen eine politische Diskussion zur Folge. In dieser Situation legten die Sozialdemokraten ein zweites Papier vor, von sechs Autoren verfasst. Es umfasst zwölf Seiten und trägt den Titel «Für eine realistische und verantwortliche Verteidigungspolitik».

Der Text geht von einer nüchternen Einschätzung aus: «Eine stabile Mehrheit der Bundesbürger sieht sich im westlichen Bündnis zu Hause.» Doch müsse die Nato reformiert werden und habe künftig mehr «echte Partnerschaft» zu bieten.

Im Gegensatz zum Bülow-Papier lehnt dieser Aufsatz ein Milizsystem ab, weil eine Miliz nicht mit den Streitkräften der Nato in Übereinstimmung zu bringen sei. Die Autoren befürworten für die Bundeswehr eine Strukturreform, die zugleich eine Reform der Nato sein sollte.

In wesentlichen Teilen zeigen sich indessen viele Gemeinsamkeiten mit dem Bülow-Papier. Das Autorenkollektiv hält Atomwaffen auf europäischem Boden ebenfalls für überflüssig; sie könnten die Schwächen der konventionellen Nato-Kräfte grundsätzlich doch nicht ausgleichen. Zur Abschreckung genüge ein Bruchteil der heutigen Arsenale, und diese Abschreckung müsse seegestützt sein, weil sie sonst zu viele verwundbare Stellen biete.

Die konventionellen Streitkräfte der Bundesrepublik sollten nach der Vorstellung der Autoren auf blosse Defensive ausgerichtet sein. Man schlägt einen Abbau von Truppen und Waffen-

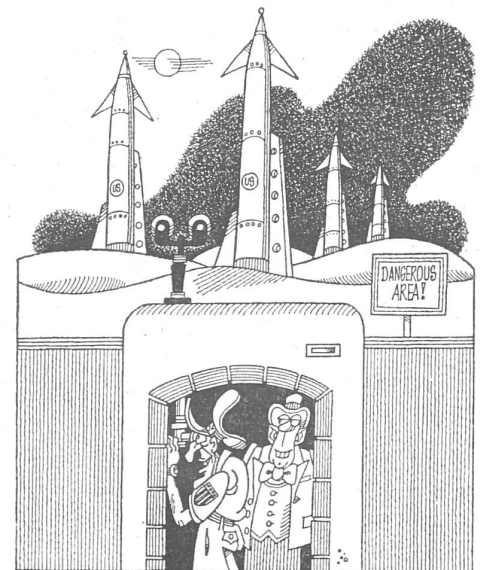
systemen vor, die «gegen das Territorium der andern Seite gerichtet sind oder gerichtet werden können». (Können das nicht alle Truppen und Waffensysteme?)

Angesichts dieser eindeutigen Entwaffnungs- und Beschwichtigungskonzeption nimmt es sich seltsam aus, wenn die Autoren gleichzeitig fordern, die Europäer müssten den Amerikanern ein eigenständiges Sicherheitskonzept vorlegen und ihren Schutz vermehrt in eigener Verantwortung übernehmen. Wieso könnten die europäischen Nato-Partner stärker werden, wenn sie ihren heutigen Truppenbestand und ihre Waffensysteme verringern? Das geht nur dann auf, wenn man sich den «Schutz» eigentlich bloss von der Verteidigungsunfähigkeit verspricht, und so möchten sich die Autoren in der Öffentlichkeit doch nicht (noch nicht?) verstanden wissen.

Wie sehr die Autoren die Rolle der USA innerhalb der Nato ablehnen, lässt sich dem folgenden Satz entnehmen, in welchem das SDI-Projekt im vornherein als in diskutabel abgetan wird: «Wer sich weiterhin abenteuerlichen Zumutungen beugt, wie der Beteiligung an SDI, untergräbt damit die Akzeptanz des Bündnisses.» Als annehmbar erscheint da bald nur noch ein Bündnis, in welchem man von der Unzumutbarkeit amerikanischer Teilnahme überhaupt verschont bleibt...

Sowjetpartnerschaft wird offizieller Antrag

Insgesamt identifiziert sich die SPD-Führung vor allem mit der Perspektive, wie sie im Bülow-Papier entworfen wird. In der «Aktuellen Stunde» vom Bundestag am 11. September stellten sich sämtliche Redner der SPD hinter dessen Strategie. Egon Bahr unterstrich noch den Willen seiner Partei, dem SPD-Kongress vom nächsten Jahr das Konzept einer Sicher-



«Ich habe meinen Schwiegersohn in Washington im Ausserministerium untergebracht.» – «Ausgezeichnet, da arbeitet er ja auch an Antworten auf sowjetische Abrüstungsvorschläge. («Eulenspiegel», Ostberlin, Nr. 28/1985.)

heitspartnerschaft mit der Sowjetunion zu beantragen, was nach seinen Worten zur Konsequenz hat, die jetzt gültige Nato-Strategie abzulösen.

Zustimmung fand Bülows Entwurf darüber hinaus erwartungsgemäss bei den Grünen, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht so grün sind und sich die Parolen der sowjetischen Friedenspropaganda noch unbedenklicher zu eigen machen als die SPD.

Den politischen Standort der SPD bestätigte ihr Vorsitzender, Willy Brandt, zehn Tage später auf eindeutige Weise. Von DDR-Parteichef Honecker herkommend, sagte er, die SPD werde noch im November (im Monat des Genfer Gipfels also) mit der SED in Verhandlungen über einen atomfreien Gürtel in Mitteleuropa treten. Diese Gespräche seien die Fortführung des bereits beschlossenen Vertrags über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Es handelt sich also um eine offene Aktionseinheit der SPD mit einer regimobilenden kommunistischen Partei des Ostblocks, die ihrerseits die Wünsche Moskaus zu erfüllen hat.

Als «die Union» (CDU plus CSU; zurzeit Regierungsparteien) dem SPD-Präsidenten dann vorwarf, er betreibe eine «Nebenaussenpolitik», ging Brandt zum Gegenangriff über: «Wir haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sachliche Zusammenarbeit anzuregen und uns auf die neue Regierungsverantwortung vorzubereiten.» Und: «Amerikahörigkeit als Ersatz für deutsche Politik, das machen wir nicht mit». (... wohl aber deutsche Politik zusammen mit einer DDR, deren Sowjethörigkeit dort niemand straflos anfechten darf).

Ende Nato in zwei Jahren?

Begreiflicherweise machen sich die Amerikaner ihrerseits Gedanken über den neuen Kurs der SPD. Ein Zitat aus dem «Wall Street Journal» belegt, dass man die Überlebensfrage der Nato gestellt sieht: «Im Falle von Wahlerfolgen der SPD und der Labour Party würden Stabilität und Solidarität der westlichen Allianz einen harten Schlag erleiden. Es ist ernsthaft daran zu zweifeln, dass die Allianz unter diesen Umständen überleben könnte. Dann aber wären die Vereinigten Staaten gezwungen, ihre Nachkriegsverpflichtungen zu überprüfen, wobei es fast unvermeidlicherweise zu einem Rückzug der US-Truppen käme. Die Westeuropäer würden dann ihre Türen den Sowjets weit öffnen.»

Ist gegebenenfalls zu erwarten, dass die Suppe weniger heiss gegessen als gekocht wird? Es gibt keinen Anlass zu einer solchen Annahme. Der neue Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, gehört zur politischen Mitte seiner Partei. Und auch er befürwortet eine atomfreie Zone in Mitteleuropa und lehnt die geplanten amerikanischen Verteidigungswaffen im Weltraum ab. Das lässt ersehen, wie die Bonner Aussenpolitik bei einem Wahlsieg der SPD im Minimum aussehen wird. Der Fortbestand der westlichen Allianz ist keine sichere Sache mehr.

jp/cb

Das leninsche Konzept der sowjetischen Aussenpolitik in der Neuanwendung

Mit Signalen nach Annalen

Wenn der neue sowjetische Aussenminister spricht, dann spricht der alte Lenin mit. Der Text wird laufend nachgeführt und dabei immer neu codiert.

Nach Lenin ist es keinem sowjetischen Führer gelungen, in so kurzer Zeit wie Gorbatschow die ungeteilte Macht zu übernehmen und eigene Leute in weniger als einem Jahr an die wichtigsten Hebel zu setzen. Es ist darum notwendig, die ersten aussenpolitischen Signale zu untersuchen, die Gorbatschows Equipe in letzter Zeit gesetzt hat. Von Belang ist besonders das Auftreten des neuen Aussenministers Eduard Schewardnadse vor der 40. Generalversammlung der UNO.

Der zackige Friedensstern

Die sowjetische Sorge wegen der amerikanischen Strategischen Defensiv-Initiative (SDI) steht im Vordergrund, so auch die Folgen der unbedachten Etikettierung westlicher Politik durch Journalisten, die hoffentlich nur gedankenlos das SDI-Konzept als «Krieg der Sterne» apostrophierten. Am Ende seiner UNO-Rede vom 24. September konnte sich Schewardnadse daher den Punkt leicht holen: «Um den schrecklichen «Krieg der Sterne» abzuwehren, unterbreitet die UdSSR der internationalen Gemeinschaft das Konzept eines «Friedens der Sterne.»

Doch der neue Aussenminister sprach von der marxistisch-leninistischen Basis aus, auch wenn er weder Marx und Lenin nannte noch sich auf die Ideologie bezog. Und mit verbindlich lächelndem Gesicht tat er es konsequenter noch, als man es vom griesgrämigen Gromyko gewohnt war. Am Anfang seiner Rede führte er aus:

«Heute kann mit grosser Befriedigung festgestellt werden, dass diese 40 Jahre (seit Gründung

der UNO) ohne Krieg vergangen sind. In diesem Zeitraum hat sich die Welt tiefgreifend verändert. Das sozialistische Weltsystem – ein System mit Staaten, deren soziopolitische Natur jegliches Interesse an Kriegen ausschliesst – wurde gegründet und hat sich entwickelt. Jeglicher Einsatz der Länder der sozialistischen Gemeinschaft im internationalen Bereich auf der Politik der friedlichen Koexistenz unter Staaten basiert mit unterschiedlicher Sozialordnung. Die Bedeutung



Eduard Schewardnadse